

Öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 05.10.2023

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 05.10.2023
Sitzungsanfang: 16:30 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses I, Schlossgartenstraße 16, 06406 Bernburg
(Saale)

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Dr. Silvia Ristow

Mitglieder

Herr Stefan Ruland

Herr Hartmut Zellmer

Herr Jürgen Weigelt

Frau Andrea Heweker

Frau Michaela Dittrich

Herr Mike Franzelius

ab TOP 5 anwesend

Herr Ronny Beier

Herr Erich Buhmann

ab TOP 1 anwesend

Verwaltung

Herr Holger Dittrich

Herr Paul Koller

Frau Christine Ost

Herr Klaus Hohl

Frau Julia Tarlatt

Frau Sandra Böttcher

Frau Yvonne Krebs

Nicht anwesend/ Entschuldigt:

Öffentlicher Teil

Zur öffentlichen Geschäftsordnung:

a) Bestätigung der Einladung und Feststellung der Beschlussfähigkeit gem. §§ 53, 55 KVG LSA:

Die Einladung erfolgte gem. § 53 KVG LSA ordnungsgemäß. Der Hauptausschuss war zu Beginn der Sitzung gem. § 55 KVG LSA mit 7 anwesenden stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig.

b) Abstimmung über die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2023 und der gemeinsamen Sitzung mit dem HFA vom 24.08.2023:

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 15.06.2023 wurde mit 7 Ja-Stimmen bestätigt.

Die Niederschrift der öffentlichen gemeinsamen Sitzung des Hauptausschusses und des Haushalts- und Finanzausschusses vom 24.08.2023 wurde mit 5 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen bestätigt.

c) Feststellung der öffentlichen Tagesordnung gem. der Geschäftsordnung

Die öffentliche Tagesordnung wurde festgestellt.

Zur öffentlichen Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde gem. § 28 Abs. 2 KVG LSA

Es gab keine Anfragen anlässlich der Einwohnerfragestunde.

**2. Straßenbau im Wohngebiet "Am Mühlberg" im OT Peißen - Verlängerung Straße Amselring - Hier: Technisches Ausbauprogramm - TISCHVORLAGE
Beschlussvorlage 0710/23**

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bernburg (Saale) beschließt das technische Ausbauprogramm zur Erweiterung der Erschließung „Wohngebiet Am Mühlberg“ im OT Peißen in Bernburg (Saale) gemäß der Begründung und den Anlagen 1, 1a - c dem Grunde nach.

Sollten sich wesentliche Änderungen im Zuge der weiteren Planung ergeben, ist eine erneute Beschlussfassung erforderlich.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 8 stimmberechtigte Mitglieder

8 Ja-Stimmen

**3. Vergabe von Sportfördermitteln für ehrenamtlich tätige lizenzierte Übungsleiter in Bernburger Sportvereinen
Beschlussvorlage 0701/23**

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Förderung der lizenzierten ehrenamtlich tätigen Übungsleiter in Bernburger Sportvereinen entsprechend der Anlage 1.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 8 stimmberechtigte Mitglieder

8 Ja-Stimmen

**4. Jahresrechnung 2018 - Jahresrechnung der Stadt Bernburg (Saale) für das Jahr 2018 und Entlastung des Oberbürgermeisters
Beschlussvorlage 0720/23**

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bernburg (Saale) empfiehlt dem Stadtrat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die geprüfte Jahresrechnung 2018 der Stadt Bernburg (Saale) und erteilt dem Oberbürgermeister gem. § 120 Abs. 1 KVG LSA die Entlastung für die Haushaltsführung des Jahres 2018.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 8 stimmberechtigte Mitglieder

8 Ja-Stimmen

5. Annahme von Geldspenden für Baumpflanzungen in der Stadt Bernburg (Saale) Beschlussvorlage 0718/23

Herr Zellmer bat die Verwaltung, alle Spendenannahmen öffentlich bekanntzugeben und nicht nur die Spenden über 1000,00 €.

Frau Ost antwortete, dass alle Spenden im öffentlichen Zuwendungsbericht bekanntgegeben werden.

Frau Dr. Ristow ergänzte, dass der Zuwendungsbericht im Bürgerinformationssystem für alle einzusehen sei.

Herr Buhmann schlug vor, die Spenden separat auf der Homepage zu veröffentlichen.

Frau Dr. Ristow wies darauf hin, dass das Thema „Baumspende“ auch im zuständigen Planungs- und Umweltausschuss beraten werde. Die Verwaltung werde aber eine Lösung für die Veröffentlichung von Spenden finden.

Frau Heweker gab den Einwurf, dass sie persönlich sehr lang auf eine Spendenquittung der Stadtverwaltung gewartet habe.

Frau Dr. Ristow entschuldigte sich für die Wartezeit und wies darauf hin, dass so etwas eigentlich nicht vorkommen dürfe. Diese Thematik werde geklärt, so Frau Dr. Ristow.

Frau Dittrich fragte nach, ob man sich als Spender selber aussuchen könne, was für ein Baum gepflanzt werde.

Hierzu antwortete Frau Dr. Ristow, dass Baumart und Pflanzort vorgegeben seien. Die Verwaltung werde aber versuchen, einen Wunschstandort oder Wunschbaumart zu finden.

Verfahrensweise Baumspenden:

Wie kann ich mich an Baumspenden beteiligen?

Ab einer Spendenhöhe von 350 Euro suchen wir gemeinsam mit Ihnen aus den zur Verfügung stehenden Pflanzstellen Ihren „Wunschbaum“ aus. Wenn Sie möchten, erhalten Sie eine Urkunde und ein Baumschild.

Bei einer Spendenhöhe unter 350 Euro geht dieser Betrag auf ein Sammelkonto und wird zur Finanzierung der nächsten Baumpflanzungen der Stadt verwendet. Auch diese Spende ist wichtig! Auf Wunsch werden alle Spenden auf unserer Internetseite mit dem Spendenbeitrag veröffentlicht.

Kann ich Baumart und Pflanzort selbst bestimmen?

Baumart und Pflanzort sind vorgegeben, da Sie mit Ihrer Baumspende in der Regel die Lücke füllen, die durch einen gefälltten Baum entstanden ist.

Im Rahmen unserer Möglichkeiten werden wir immer versuchen, einen Ihren Wünschen entsprechenden Standort zu finden.

Wann wird der Baum gepflanzt?

Hauptpflanzzeit ist in Abhängigkeit von der Witterung der Zeitraum von November bis April. Leider ist es in der Regel (und besonders bei Einzelstandorten) nicht möglich, genaue Termine für den Tag der Pflanzung zu nennen.

Entstehen durch eine Baumspende Verpflichtungen?

Mit Ihrer Spende für eine Baumpflanzung haben Sie der Stadt neues Grün geschenkt. Anschließende Pflichten gibt es nicht. Die Pflege des Baumes übernimmt die Stadt Bernburg (Saale). Gerne können Sie sich aber auch im Rahmen einer Baumpatenschaft um die weitere Pflege „Ihres“ Baumes kümmern.

Ablauf – Wie kann ich spenden?

- **Schritt 1**
Bitte treten Sie mit uns in Kontakt. Wir informieren Sie über mögliche Standorte und stimmen alle Details mit Ihnen ab.
E-Mail: betriebshof.stadt@bernburg.de
Telefon: 03471 346643-0
- **Schritt 2**
Sie entscheiden sich, ob und wieviel Sie spenden möchten und informieren uns.
- **Schritt 3**
Sie überweisen Ihre Spende bitte auf folgendes
Spendenkonto: Stadt Bernburg (Saale)
IBAN: DE43 8005 5500 0260 0001 08
Zahlungsgrund: 37996402 – Baumspenden
- **Schritt 4**
Wenn gewünscht, erhalten Sie nach Spendeneingang Ihre persönliche Urkunde.
Es erfolgt die Ausstellung einer Spendenbescheinigung.
- **Schritt 5**
Bei einer Spendenhöhe ab 350 Euro informieren wir Sie nach Möglichkeit vor der Pflanzung über den genauen Pflanztermin (ohne Garantie, da sich kurzfristig Änderungen ergeben können).
Gehört ein Schild zu Ihrem Baum, wird es von uns hergestellt und auch von uns bzw. den beauftragten Firmen mit angebracht - meist an einem Querriegel der Baumverankerung.

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bernburg (Saale) beschließt,

1. die Spenden der Solvay Chemicals GmbH, Köthensche Straße 1-3, 06406 Bernburg (Saale) in Höhe von 1.400,00 €, des Herrn Gerd Klinz, Lindenstraße 17, 06406 Bernburg (Saale) in Höhe von 1.750,00 € und der K + S Minerals and Agriculture GmbH, Kustrenaer Weg 7, 06406 Bernburg (Saale) in Höhe von 1.050,00 € anzunehmen,
2. bis zum 31.12.2024 angebotene Spenden mit einer Höhe von je über 1.000,-Euro für die Pflanzung von Bäumen in der Stadt Bernburg (Saale) anzunehmen,
3. die hier noch nicht bestimmten Zuwendungen sind dem Hauptausschuss in der ersten Sitzung 2025 aufzulisten.

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 9 stimmberechtigte Mitglieder

9 Ja-Stimmen

6. Beteiligungsrichtlinie der Stadt Bernburg (Saale) Beschlussvorlage 0702/23

Es wird auf das Beiblatt verwiesen.

6.1. Beteiligungsrichtlinie der Stadt Bernburg (Saale) Beiblatt 0702/23/1

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt Bernburg (Saale) empfiehlt dem Stadtrat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) beschließt die Beteiligungsrichtlinie der Stadt Bernburg (Saale) gemäß Anlage 1 mit der in der Begründung aufgeführten Änderung in Punkt 2.1.4 (Seite 6, letzter Absatz).

Abstimmung:

Mitglieder des Hauptausschusses: 9

davon anwesend: 9 stimmberechtigte Mitglieder

9 Ja-Stimmen

7. Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Verwendung von Zuwendungen an die Fraktionen der Stadt Bernburg (Saale) im Haushaltsjahr 2022
Informationsvorlage IV 0230/23

Zum Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Verwendung von Zuwendungen der Stadt Bernburg (Saale) an die Fraktionen gab Herr Ruland den Einwurf, dass bezüglich der Feststellung des RPA, dass die verbindliche Zusage für die Verwendung von Fraktionsmitteln für die Bewirtung (Speisen) während der Haushaltsklausurtagung der CDU-Fraktion nicht im Einklang mit einer sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung stehe und das RPA es daher auch nachträglich nicht befürworte, dass die CDU-Fraktion dies bei der Verwaltung beantragt hatte. Er hätte es für richtig befunden, wenn sich das RPA vorab mit der CDU-Fraktion diesbezüglich in Verbindung gesetzt hätte. Das RPA müsse auch Gespräche mit den Fraktionen zur Klärung eines Problems führen, so Herr Ruland.

Frau Dr. Ristow gab bekannt, dass die Richtlinie über die Verwendung von Zuwendungen an die Fraktionen zeitnah überarbeitet werde.

Herr Ruland gab den Hinweis, dass es zu den unterschiedlichen Höhen der Kontoführungsgebühren auch keinen Hinweis seitens des RPA im Prüfbericht auf eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung gegeben habe.

8. Vorstellung der Eckpunkte zum Haushalt 2024 im Bereich Hauptverwaltung

Zu den Eckpunkten zum Haushalt 2024 im Bereich der Hauptverwaltung erläuterte Frau Dr. Ristow, dass sich die Verwaltung noch im Aufstellungsverfahren befinde. Im Bereich der Hauptverwaltung seien die finanziellen Mittel für 2024 nach den heute bekannten Preisen im Bereich Strom, Gas und Wasser für die Unterhaltung der 4 Rathäuser eingearbeitet worden. Für den Bereich der Feuerwehr seien die finanziellen Mittel entsprechend des Wirtschaftsplanes in den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2024 eingeflossen.

Da der Haushalt maßlos überzeichnet sei, so Frau Dr. Ristow, werde der Haushaltsplanentwurf für 2024 noch überarbeitet.

Herr Hohl ergänzte, für den Bereich der Hauptverwaltung die größten Investitionskosten im Bereich der Feuerwehr liegen werden. Dies liege vor allem an die Zuwendungsbescheide für Fahrzeuge für die Feuerwehr, welche im Jahr 2025 ausgeliefert werden sollen. Die diesbezüglichen Abschlagszahlungen, so Herr Hohl, müssen aber bereits 2024 erfolgen. Weiterhin kommen höhere Investitionskosten im Bereich EDV/IT hinzu, welche auch auf einen entsprechenden Beschluss des Stadtrates beruhen.

Auf Grund der finanziellen Lage der Stadt Bernburg (Saale), mussten auch im Bereich der Hauptverwaltung finanzielle Mittel eingespart werden. Dies betreffe auch Unterhaltungsmaßnahmen wie z. B. Renovierung von Büros, Malerarbeiten,

Reparaturarbeiten usw. Hier müsse aber auch darauf geachtet werden, dass nicht ein gewisser Investitionsstau später noch höhere Kosten verursache.

Herr Zellmer bat die Verwaltung, die Eckdaten der einzelnen Bereiche bitte dem Stadtrat schriftlich zukommen zu lassen. Für die Zukunft sollten zu dem jeweiligen Tagesordnungspunkt der Fachausschüsse die Eckpunkte zum Haushalt der einzelnen Bereiche schriftlich vorgelegt werden.

9. Sitzungsplan des Stadtrates der Stadt Bernburg (Saale), seiner Ausschüsse und seiner Ortschaftsräte für das Jahr 2024 Informationsvorlage IV 0216/23

Zum Sitzungsplan 2024 und der Anfrage bezüglich einer Notwendigkeit der Einberufung von konstituierenden Sitzungen nach der Kommunalwahl in den Sommerferien gab Frau Dr. Ristow den Einwand, dass bezüglich des Zeitfensters nach dem Kommunalwahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt eine Einberufung der konstituierenden Sitzungen in den Sommerferien erforderlich sei.

Herr Ruland regte an, es zu ermöglichen, dass die Sitzungen des Stadtrates nicht mit den Sitzungen des Landtages kollidieren, auch wenn es nur ein Partikularinteresse sei. Bei den Sitzungen des Kreistages gebe es keine Überschneidungen, so Herr Ruland.

Frau Dr. Ristow wies darauf hin, dass bei der Erarbeitung des Sitzungsplanes in der Verwaltung durchaus auch auf die Termine des Landtages geachtet worden sei. Jedoch konnten zwei Termine des Landtages bezüglich der Stadtratssitzungen leider nicht berücksichtigt werden. Der Salzlandkreis, so Frau Dr. Ristow, habe auch keine Ortschaften, so dass der Salzlandkreis nur Sitzungen für 9 Gremien insgesamt eintakten müsse.

Herr Hohl ergänzte, dass auf Wunsch des Stadtrates bei der Erstellung des Sitzungsplanes die Ferienzeiten mit berücksichtigt werden sollen, dann sollen die Termine der Kreistagssitzungen mit berücksichtigt werden, dann müssen die 8 Ortschaftsräte vor den Fachausschüssen eingetaktet werden und die Termine für Fraktionssitzungen sollen auch beachtet werden. Man könne zwar eine ganze Sitzungsrunde rauslöschen, dann kommen aber Beschwerden aus den Fachämtern, da diese die Sitzungsrunden für notwendige Beschlüsse benötigen. Das Hauptamt müsse bei der Erstellung des Sitzungsplanes Sitzungen für 15 Gremien in den einzelnen Sitzungsrunden eintakten, da können nicht immer alle anderen Termine berücksichtigt werden.

Frau Dittrich wies darauf hin, dass auch die Sitzungen der Aufsichtsräte berücksichtigt werden müssen.

Frau Dr. Ristow antwortete, dass die einzelnen Gesellschaften jedes Jahr einen bestätigten Sitzungsplan vom Beteiligungsmanagement zur Koordinierung ihrer Aufsichtsratssitzungen erhalten.

10. Mitteilungen, Beantwortung von Anfragen, Anregungen

Schließung des Seniorenwohnheimes „Haus am Rosenhag“

Frau Dr. Ristow berichtete, dass sie beim KGST-Kongress in Hamburg Kenntnis erlangt habe, dass die Betreibergesellschaft Novent Holding GmbH das Seniorenwohnheim zum 30. November schließen werde.

Sie habe als Oberbürgermeisterin sehr kurzfristig davon erfahren, sei aber gleich am Samstag persönlich vor Ort diesbezüglich erschienen. Dort habe sie ein Gespräch mit einer Mitarbeiterin geführt. Am 26.09.2023 fand dann ein ehrliches und emotionales Gespräch mit der Heimleiterin statt. Die Heimleiterin hatte von der Schließung ebenfalls erst vor einer Woche erfahren und habe sich dann nach dem ersten Schock ganz professionell um die Unterbringung der 80 Senioren in anderen Heimen und deren Umzug gekümmert. Die Schließung, so Frau Dr. Ristow, begründe sich wohl auf die Insolvenz der Betreibergesellschaft. Das Heim, so Frau Dr. Ristow, hätte nach den vorgeschriebenen Standards für Seniorenheime für ca. 2 Mio. Euro saniert werden müssen, was der Betreiber auf Grund seiner finanziellen Situation nicht stemmen und demnach vom Vermieter nicht verlangen könne.

Traurig machen aber die heftigen Debatten in den sozialen Netzwerken, dass die Schließung des Heimes mit der Unterbringung von Flüchtlingen im Zusammenhang stehen würde. Auch der Landrat, Herr Bauer, so Frau Dr. Ristow, habe eindeutig hierzu erklärt, dass die Schließung nicht mit der Unterbringung von Flüchtlingen zusammenhänge. Der Salzlandkreis sei weder Eigentümer des Objekts noch in die privatwirtschaftlichen Entscheidungen des Managements des Betreibers eingebunden. Der Salzlandkreis, so Frau Dr. Ristow, sei auch nicht über die Schließung informiert worden.

Herr Ruland stellte fest, dass das Frühwarnsystem der Heimaufsichtsbehörde hier nicht funktioniert habe. Er werde diesbezüglich um eine schriftliche Stellungnahme bitten. Es sei sehr befremdlich, dass die Heimleitung so kurzfristig über die Schließung des Seniorenwohnheimes ab November informiert worden sei.

Beschluss zum Ausbau von Radwegen der D3-Route

Herr Zellmer informierte, dass der vorberatende Beschluss des Bau- und Sanierungsausschusses zur Vergabe vom Ausbau und Verlegung von Radwegen der D3-Route, Abschnitt zw. OT Baalberge und Kleinwirschleben in Bernburg (Saale) zurückgestellt werden musste, da die formelle Prüfung noch nicht abgeschlossen werden konnte. Herr Zellmer machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass die Bürokratie überhandnehme. Die Richtlinie bzw. die gesetzlichen Vorgaben bezüglich Vergabeprüfungen müssen geändert werden.

Herr Dittrich stimmte dem zu und berichtete, dass die Verwaltungsmitarbeiter ebenfalls an der Bürokratie langsam verzweifeln.

Frau Dr. Ristow informierte, dass die Kommunen über den Städte- und Gemeinde und über den Deutschen Städtetag versuchen, ihren Einfluss geltend zu machen, dass sich an der überbordenden Bürokratie etwas ändert. Die Stadt sei nur Mitglied der Exekutive und könne an der Gesetzgebung nichts ändern.

Herr Ruland bat die Verwaltung, hierzu weiterhin kritische Stellungnahmen an die zuständigen Stellen weiterzugeben.

Spenden für das Silvester-Feuerwerk

Frau Dittrich informierte, dass bis dato über 900,00 € Spendengelder für das Silvester-Feuerwerk auf dem Spendenkonto eingegangen seien. Sie bat alle Mitglieder des Stadtrates, nochmals für Spenden zu werben bzw. selber zu spenden.

Bürgerbudget

Zur Anfrage von Herrn Franzelius zum Stand „Bürgerbudget“ antwortete Herr Koller, dass die Bürgerinnen und Bürger insgesamt 49 Vorschläge für die Verwendung des Bürgerbudgets eingereicht haben. Jedes Projekt dürfe maximal **8.000,00 €** kosten, insgesamt stünden 40.000,00 € zur Verfügung. Die Projekte werden zurzeit geprüft. Die Abstimmung über die Projektvorschläge erfolgt durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Bernburg (Saale) am **4. November 2023, ab 10:00 Uhr, in der Eichenweg-Sporthalle.**

Herr Ruland befürwortete die Beteiligung der Bürger der Stadt Bernburg (Saale) durch die Bereitstellung eines besonderen Budgets. Er machte darauf aufmerksam, dass gem. der Satzung zum Bürgerbudget bei einer Haushaltskonsolidierung die finanziellen Mittel entfallen. Ferner werde die Höhe der finanziellen Mittel für das Bürgerbudget über die Haushaltssatzung beschlossen. Herr Ruland plädierte dafür, die finanziellen Mittel in Höhe von 40 T€ trotz der finanziellen Lage der Stadt auch künftig in den Haushalt einzustellen.

Herr Koller antwortete, dass der Stadtrat entscheiden könne, trotz der Auflagen der Kommunalaufsicht, die finanziellen Mittel hierfür zur Verfügung zu stellen. Anschließend werde die KAB dies genehmigen oder ablehnen, so Herr Koller. Herr Koller sei aber zuversichtlich, dass derartige freiwillige aber wichtige Ausgaben gefördert werden.

Frau Dr. Ristow ergänzte, dass je nach Haushaltslage mit dem Stadtrat abgestimmt werden müsse, ob die finanziellen Mittel für das Bürgerbudget zur Verfügung gestellt werden können. So werde nach Vorlage der aktuellen Zahlen auch zum Jahr 2024 über die Einstellung der finanziellen Mittel im Jahr 2025 im Stadtrat diskutiert werden müssen.

Herr Ruland gab den Einwurf, dass es ein falsches Signal für die Bürger sei, dass man bei einem Haushaltsvolumen von ca. 70 Mio. Euro nicht die finanziellen Mittel für diese Bürgerbeteiligung aufbringen könne. Aus diesem Grund bat er die Verwaltung, in einem Beschluss mit einfließen zu lassen, dass wir beim Bürgerbudget vom § 2 der Bürgerbudgetsatzung abweichen können.

Innerstädtischer Verkehr – Antrag der CDU-Fraktion

Herr Beier fragte nach, ob es zum damaligen Antrag der CDU-Fraktion zum innerstädtischen Verkehr bereits einen Zwischenstand gebe.

Auf die Frage von Herrn Beier antwortete Frau Dr. Ristow, dass die Verwaltung noch daran arbeite, vereinzelte Maßnahmen, wie z. B. Änderung der Ampelschaltzeiten an der Annenkreuzung aber schon umgesetzt worden seien.

Herr Dittrich ergänzte, dass die Verwaltung im I. oder II. Quartal 2024 die ersten Lösungsvorschläge zum innerstädtischen Verkehr vorlegen werde. Herr Dittrich gab zu bedenken, dass die Stadt aber oftmals wenig Einfluss auf Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen nehmen könne.

Für das Protokoll

Dr. Silvia Ristow
Oberbürgermeisterin
und Vorsitzende des Hauptausschusses

Yvonne Krebs
Stadtratsbüro